

Laibacher Zeitung.

Nr. 60.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 12. März.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere der Zeile 6 fr., bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 fr.

1884.

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser geruhen, wie die „Grazer Morgenpost“ mittheilt, zur Restaurierung der Pfarrkirche zu St. Judok am Kosjak eine Unterstützung von 300 fl. und der Ortsgemeinde Doll zum Schulhausbaue eine Unterstützung von 100 fl. allergnädigst zu spenden.

Wien, 9. März.

(Orig.-Corr.)

Ueber die am ersten Tage der Generaldebatte über das Budget gehaltenen Reden und speciell die Ausführungen des Abgeordneten R. v. Carneri schreibt das „Fremdenblatt“: Man tritt weder der Ueberzeugungstreue des verehrten Abgeordneten und noch weniger der Wahrheit nahe, wenn man viele seiner Betrachtungen zum Theile als den Ausfluss eines weitgehenden Pessimismus und zum Theile als den einer Ueberschätzung der parlamentarischen Parteikämpfe ansieht. Wenn Oesterreichs Bestand und Größe auf die Entwicklung der Parteien in seinem Parlamente angewiesen, wenn dessen Macht an deren Steigen und Fallen, wie überhaupt an die parlamentarischen Fluctuationen gebunden wäre, dann würde es vielleicht wirklich so schlimm um das Reich stehen, wie es der Abgeordnete Carneri annimmt. Dem ist nun glücklicher Weise keineswegs so, und die österreichisch-ungarische Verfassung, so viele Nachteile sie auch haben mag, so wenig sie dem Ideale einer staatsrechtlichen Organisation entspricht, hat doch den zweifellosen Vortheil, dass sie die Machtfactoren des Staates von der Flut und der Ebbe des parlamentarischen Lebens unabhängig gemacht hat. Der Abgeordnete Carneri hat heute auch die Ueberzeugung ausgesprochen, Graf Taaffe strebe eigentlich den Absolutismus an; die Ausnahmeverfügungen hätten darüber jeden Zweifel behoben. Der Absolutismus würde demnach durch Anwendung eines von der Verfassungspartei geschaffenen Gesetzes angestrebt werden, und überdies mit Hilfe der Verfassungspartei des Herrenhauses, welches die Ausnahmeverfügungen gebilligt hat. Das scheint uns doch ein Widerspruch zu sein, über den keine Logik hinweghelfen kann.

Es war jedoch keineswegs unsere Absicht, mit dem Abgeordneten Carneri zu polemisieren. Insofern dieser, sowie der Abgeordnete Schaup, das Deficit beklagt, welches noch immer nicht verschwinden will und ungeachtet der ansehnlich gewachsenen Einnahmen dem jeweiligen Budget seine Signatur aufdrückt, wäre

ein jeder Streit überflüssig. Wenn beide Redner die Ohnmacht bedauern, welche eine wirksame Steuerreform bisher vereitelte, so muß man sich ihren Klagen anschließen, und auch Schaup's Hinweis auf den Zusammenhang zwischen dieser und der socialen Frage verdient Beachtung. Was wir jedoch bisher vermisst haben, das ist die Andeutung, was eigentlich zu machen sei, damit es besser werde und alle jene Uebel beseitigt werden, über welche so viel geklagt wird. Das wäre ohne Zweifel das beieitem meist Erwünschte. Dass eine bloße Beseitigung des Cabinets und die Berufung einer anderen Regierung mit einem Schlage das Deficit beseitigt, die socialen Verhältnisse verbessert und den nationalen Frieden befestigt, das wird wohl niemand mehr im Reiche glauben. Gar zu viele und zu herbe Erfahrungen haben die Bevölkerung bereits belehrt, auf den bloßen Wechsel der Cabineten durchaus keine Hoffnungen zu setzen. Für die Partei kann mit solch einem Erfolge vieles, vielleicht alles erreicht sein, für die Bevölkerung und für den Staat in der Regel gar nichts. Die Steuerreform reicht in die Zeit zurück, da die Verfassungspartei ihr Programm realisieren konnte, und sie ist heute, da die Rechte das Parlament dirigiert, zum mindesten was die Personalsteuer betrifft, auch nicht weiter gebiehet. Noch weniger ahnen wir, wie Herr v. Carneri die nationalen Schwierigkeiten, wie er die wachsenden socialen Missstände zu bewältigen beabsichtigt. Guter Wille, Ueberzeugungstreue und Zuversicht in die eigene Einsicht reichen heute nicht aus, um die Bevölkerung zu gewinnen, welche hinter einander bereits alle Parteien an diese subjectiven Eigenschaften mit dem gleichen Erfolge appellieren sah und deshalb in hohem Grade skeptisch geworden ist. Wer heute in Oesterreich nichts als das nationale Programm entwickelt, der hat eben gar kein Programm. Jedermann ist ja davon überzeugt, dass ein solches ohnehin sofort in die Ecke gestellt werden wird, wenn der Augenblick zu seiner Durchführung gekommen sein wird, und zwar wegen seiner Undurchführbarkeit in dem vielsprachigen Oesterreich. Der Freund der Beredsamkeit kann deshalb vieles, was ihn erfreuen wird, in der Budgetdebatte finden. Wer nach einem Gedanken sucht, nach einer Andeutung, wie es anders werden soll, und was geschehen wird, wenn es einmal anders wird, wer etwa ergründen will, wie jene Zukunft aussehen wird, auf welche Herr v. Carneri seine Hoffnung setzt, und was wir von dieser Zukunft — außer etwa neuen Ministern — zu erwarten haben, der wird vergeblich in der heutigen Debatte nach Aufklärung suchen.

Reichsrath.

340. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 10. März.

Se. Excellenz der Herr Präsident Dr. Smolka eröffnet um 11 Uhr die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freih. v. Biernacki, Graf Falkenhayn, Dr. Freiherr von Pražák, Dr. Freiherr von Conrad-Ehresfeld, Dr. Ritter von Dunajewski und Freiherr von Pino.

Abg. Graf Stadnicki erhält einen 14tägigen Urlaub.

Es wird zur Fortsetzung der Budgetdebatte geschritten.

Der Präsident theilt mit, dass sich nachträglich als Redner für die Budgetdebatte, und zwar für die Anträge der Budgetcommission die Abgeordneten Dr. Gabler und Klun haben eintragen lassen. Abg. Ozarkiewicz hat mit dem Abg. Dr. Grégr die Reihenfolge in der Rednerliste getauscht.

Se. Excellenz Minister und Leiter des Justizministeriums Dr. Freiherr von Pražák:

Hohes Haus! Eine Bemerkung, die der erste Herr Redner in der Generaldebatte gemacht hat, nöthigt mich, jetzt schon das Wort zu ergreifen, nämlich der Hinweis des Herrn Abg. Ritter von Carneri auf eine Aeußerung, welche ich in meiner Rede über die Sprachenverordnung für Böhmen und Mähren in der Abend Sitzung vom 31. Jänner gemacht habe.

Ich erlaube mir die Aeußerung, die nicht nur Gegenstand der Bemerkung des Herrn Abg. Ritter von Carneri, sondern auch Gegenstand einer an das Gesamtministerium eingebrachten Interpellation war, dem verehrten Hause in Erinnerung zu bringen.

Ich habe gegen den Schluss meiner Rede gesagt (liest): „Aber verlangen Sie nichts Unmögliches! Verlangen Sie nichts, was dem Staatsrechte und der tausend Jahre alten Geschichte Böhmens entgegen wäre.“ Ich habe weiter fortgesetzt (liest): „Geben Sie sich die Mühe, meine sehr verehrten Herren, bezüglich der aus gewiss ungerechtfertigten Gründen entstandenen Idee einer Zweitheilung Böhmens die Bevölkerung aufzuklären, es wird das alte Einvernehmen, wie dasselbe ja doch zwischen den beiden Nationen

Fenilleton.

Der Kleinhäusler.

Erzählung aus dem obderennischen Volksleben

von C. A. Kastenbrunner.

(44. Fortsetzung.)

Dass Grundner ferner noch das Geschäft seines großen Hauses leite, daran war nun nicht mehr zu denken, und er selbst fühlte seine Schwäche und sein Elend am besten. Freilich wollte er sich durchaus nicht ergeben, aber es mußte denn doch geschehen, denn jeder Versuch, seine Thätigkeit und Herrschaft zu erneuern, mißlang kläglich und strafte ihn jedesmal mit der schrecklichen Mahnung, dass er ein armseliger, gänzlich unfähiger Krüppel geworden sei, dem seine körperlichen Zustände selbst die Gedanken im Kopfe verwirrten. Alle Ruhe und alle Pflege waren nicht imstande, eine Aenderung seines bitteren Jammers herbeizuführen, wofür er jetzt gern sein halbes Vermögen hingegeben hätte. Ach, wie sehr beneidete er nun jeden gesunden und kräftigen Häusler, die er einst als „kleine Besitzer“ so sehr mißachtet hatte!

War nun sein Hochmuth gebrochen?
Wir können darauf noch keine Antwort geben, sondern müssen die weiteren Vorfälle in seinem Hause abwarten. Ehe wir uns wieder mit ihm beschäftigen, von Broni wirklich den Absagebrief erhielt, welchen sie unter vielen Thränen endlich zustande gebracht und durch ein kleines Mädchen, welches nach Wernstein gieng, abgefendet hatte.

Leopold traute kaum seinen Augen, als er den Wortlaut des Briefes vor sich sah. Er war von diesen

einfachen, rührenden Zeilen der Entsagung auf das tiefste und schmerzlichste ergriffen, und nie in seinem Leben hatte er ein solches Bittern seines Herzens empfunden. Ja, er liebte Broni wahr und rein; das sagte ihm der heilige Ernst dieser Stunde, in welcher er das Mögliche ihrer Abschiedsworte nicht zu fassen vermochte.

Broni verglich sich in ihrem Schreiben mit einer armen, verlassenen Waise, die eine Weile von Glück geträumt hat, dann aufgerüttelt wird und sich nun von der rauhen Wirklichkeit unbarmherzig verstoßen sieht, die es nicht verzeiht, dass sie sich über ihren niedrigen Stand erheben wollte. „Und weil es nicht“, so schrieb sie voll Schmerz, „der Wille der Menschen ist, dass wir zusammenkommen sollen, und weil deine edelsten Bemühungen nichts dagegen vermögen, so muß ich zurücktreten und mein Herz auf den Altar legen, wo ich es Gott opfern will, der es weiß, dass es keinem anderen Manne angehören wird. Du aber werde glücklich mit einer anderen, die dir die gleiche Liebe und Treue bewahrt, wie deine arme Veronika.“

„Nein, beim allmächtigen Gott! das darf nicht sein!“ rief Leopold, indem er in größter Aufregung mit sich selbst sprach. Er schrieb keine Antwort, sondern gieng am Abend persönlich hinaus, um mit Broni und ihrem Vater eine Unterredung zu pflegen und das Nähere zu hören.

Bergegenwärtige man sich zu dieser Stunde die Lage der drei Personen, die sich einander lieben und von denen der eine Theil doch an ewige Trennung denkt.

Leopold mit dem Ungefühle seiner schmerzlichen Ueberraschung, Broni in der tiefsten Seele zerrissen, kaum ihre Bestimmung gewinnend und doch durch sein

Kommen tief entzückt; Dominik, dem rechtschaffenen Sohne seines Gegners herzlich zugethan, aber fest wie ein Mann, der seine Rechnung mit dem Leben und der Welt abgeschlossen.

Leopold ergriff die Hand des bald erröthenden, bald erblassenden Mädchens und rief leidenschaftlich: „Nein, Broni! du sollst nicht das Todesopfer der äußeren Verhältnisse werden! Deinen Brief betrachte ich als nicht geschrieben, und ich kenne keine Gewalt auf Erden, die mich trennen könnte von dir!“

Statt Broni's, die vor innerer Bewegung keines Wortes mächtig war, übernahm Dominik, selbst schweren Herzens, die Entgegnung, „dass sie beide ihn in ihrer Liebe und Zuneigung hoch und wert halten, er selbst aber das Unmögliche einsehen und das Verhältnis zu Broni abbrechen möge, damit sie von einer betrügerischen Hoffnung befreit und ihr das Glück ihrer Zukunft in ihrem Stande möglich gemacht werde.“

Auf diese Worte brach Broni in den heftigen Klagenruf aus: „Ich will kein Glück mehr auf Erden!“

Leopold sprang zu ihr hin, küßte sie vor den Augen des Vaters mit heißer Liebe und rief: „Ueberlaßt mir das Weitere!“

Broni, von ihren gewaltig unterdrückten Gefühlen überwältigt, fiel dem Vater um den Hals, der dem Davoneilenden mit dem Blicke eines ergrauten, vom Leben hart geprüften Mannes nachsah, als wollte er sagen: „Armer Junge, du machst die Welt nicht anders!“

Mit aller Liebe und Ueberzeugung, deren er im Tone seiner Rede fähig war, sagte er dann zu seiner Tochter: „Broni, es muß sein!“

Das Mädchen sank auf einen Stuhl und bedeckte das Gesicht mit beiden Händen.

(Fortsetzung folgt.)

seit Jahrhunderten bestanden hat, gewiß wieder hergestellt werden."

Nun, meine Herren, ich war außerordentlich überrascht, als schon der Generalredner jener (linken) Seite des hohen Hauses in der Sprachendebatte aus dieser Aeußerung, die er, nicht in Verbindung mit dem, was ich weiter gesprochen habe, aus meiner Rede herausgenommen hat, folgerte, daß ich von einem ganz besonderen Staatsrechte des Königreiches Böhmen gesprochen habe, und als er sagte, es würde dieses vielleicht wieder ein Gegenstand der Beunruhigung sein, wenn er und seine Freunde sich nicht Mühe geben, diesfalls die Bevölkerung zu beruhigen.

Ich war in der That darüber erstaunt, weil ich glauben mußte, daß doch der verehrte Herr rücksichtlich dieser Bemerkungen sich den Inhalt dessen, was ich gesprochen habe, aus dem stenographischen Protokolle werde gegenwärtig halten, noch mehr erstaunt war ich aber, als in der Sitzung vom 5. Februar eine Interpellation an das Gesamtministerium in der Richtung gestellt wurde, wie sich dasselbe zu dieser Aeußerung verhalte und ob es gedenke, dieser verfassungswidrigen Kundgebung entgegenzutreten. Es wurde auch in der Sitzung vom 19. Februar die Beantwortung dieser Interpellation urgirt.

Ich muß nun erklären, daß der Grund, warum die Gesamtregierung als solche die Beantwortung dieser Interpellation ablehnen muß, darin liegt, weil überhaupt die Aeußerung eines einzelnen Ministers und speciell die hier in Rede stehende Aeußerung wohl kaum geeignet ist, den Gegenstand einer Interpellation an die Gesamtregierung zu bilden, und zwar umso weniger, als es doch üblich ist, daß, wenn über irgend eine Aeußerung ein Zweifel angeregt wird, derselbe im Laufe der Discussion geklärt wird.

Ich muß nun allerdings mich für verpflichtet halten, bei der Wichtigkeit, welche sowohl der Herr Generalredner in der Sprachendebatte als auch ein großer Theil des hohen Hauses dieser Aeußerung beigelegt hat, mich darüber zu erklären, und ich kann nicht zweifeln, daß, wenn diese Aeußerung im Zusammenhange mit dem, was ich gleich darauf gesagt habe, aufgefaßt wird, es jedermann klar ist, daß ich mich damit gegen die Bestrebungen nach einer Zwiethaltung Böhmens gewendet habe und vor diesen Bestrebungen gewarnt, daß ich daher mit meiner Bemerkung die Einheit und Untheilbarkeit des Königreiches Böhmen im Auge gehabt habe, und zwar eine Einheit und Untheilbarkeit, welche in den Staatsgrundgesetzen gewährleistet ist, und daß daher mit dem Ausdruck „Staatsrecht“ offenbar kein anderes als das in den Staatsgrundgesetzen enthaltene gemeint war. (Widerspruch links.)

Das, meine Herren, war auch der Eindruck, den alle meine Freunde von meiner Rede empfangen haben, und ich kann nur bedauern, daß von Seite des seinerzeitigen Generalredners in solcher Weise gegen dieselbe polemisiert wurde.

Es kann gewiß nicht meine Sache sein, auf die weiteren Aeußerungen und auf die Polemik, welche der verehrte Herr Generalredner damals gegen mich geführt hat, zurückzukommen. Denn der Gegenstand ist ja durch das Votum des hohen Hauses abgethan. Es ist überhaupt eine Eigenthümlichkeit unseres Parlamentarismus, welche hervorragt gegen die aller anderen Staaten, daß der Minister nicht mehr in der Lage ist, wenn die Discussion geschlossen ist, Irrthümer oder Bemerkungen durch sachliche oder thatsächliche Erörterungen aufzuklären (Rufe links: O ja! Zu jeder Zeit!), ohne daß neuerdings der Strom der Debatte wieder entseffelt werden kann. (Heiterkeit links.) Das Haus, welches oft tagelang eine Discussion angehört hat und welches es endlich wirklich drängt, zu Ende zu kommen, wird durch die Rede eines Ministers, wenn dieselbe nach geschlossener Debatte stattfindet, wieder in die Lage versetzt, die Debatte neuerdings zu eröffnen. Ich muß mich heute nur auf eine einzige Aeußerung des Herrn Abg. Dr. Herbst in seiner Generalrede in der Sprachendebatte beschränken und muß aber dieselbe hervorheben, weil ja eine Aufforderung an mich gerichtet war, mich darüber auszusprechen. Es war nämlich die Anführung eines thatsächlich ganz richtigen Vorkommnisses.

Es ist ein Proceß verhandelt worden bei dem Bezirksgerichte Landskron, der ganz deutsch war, und die Partei erhielt vom Oberlandesgerichte ein böhmisches Urtheil, beziehungsweise das Oberlandesgericht sendete ein böhmisches Urtheil an das Bezirksgericht. Nun ich konnte mir wohl gleich sagen, daß das gewiß nicht mit Absicht geschehen ist. Ich muß jedoch aus Achtung vor dem hohen Hause, welches sich ja gewiß dafür interessieren wird, wie ein solcher Verstoß möglich ist, den Gegenstand aufklären.

Ich habe mich an den Oberlandesgerichts-Präsidenten gewendet, und derselbe hat mir berichtet, wie die Sache gekommen ist. Es wird vielleicht nicht bekannt sein und es ist vielleicht mit einer Illustration über die Art und Weise, wie noch immer die Gleichberechtigung bei den Richterprüfungen geübt wird. Beim böhmischen Oberlandesgerichte wird jeder Proceß, ob derselbe deutsch oder böhmisch ist, in deutscher Sprache vorgetragen. Urtheile, wenn dieselben auch den Par-

teien in böhmischer Sprache hinauszugehen sind, weil der Proceß nur in böhmischer Sprache verhandelt worden ist, oder wenn sie in beiden Sprachen hinauszugehen sind, da beide im Proceße vorkamen, werden vom Richter in deutscher Sprache vorgetragen. (Hört! rechts.) Das in deutscher Sprache abgefaßte Urtheil wird von einem Uebersetzungs-Bureau erst ins Böhmische übertragen, und so geschah es, daß auf dem betreffenden Actenstücke die Bezeichnung „Nur böhmisch“ vorkam, während der Proceß nur deutsch war. Das Uebersetzungs-Bureau hat nun allerdings auf Grund dieser Notiz das Urtheil nur böhmisch ausgefertigt, was von dem Referenten übersehen wurde, und es kam daher das Urtheil so hinaus. Der Oberlandesgerichts-Präsident sagt: „Ein solch vereinzelt vorgefallenes Versehen dürfte auch bei der Ueberhäufung der Oberlandesgerichts-Referenten mit Arbeiten keine so strenge Beurtheilung verdienen.“ (Widerspruch links.) Ich habe unter einem vom Bezirksgerichte Landskron alle Acten in dieser Rechtsache abgefordert und werde sie an das Oberlandesgericht leiten, welches gewiß nicht säumen wird, das Versehen gut zu machen. Damit, hoffe ich, werden die verehrten Herren Abgeordneten die Ueberzeugung gewonnen haben, daß das Vorkommnis, welches ich eben angeführt habe, nur in der eigenthümlichen Manipulation des Oberlandesgerichtes begründet war.

Was soll ich aber zu den Bemerkungen sagen, welche der Herr Abg. Ritter von Carneri gegen das Ministerium zu machen beliebte? Was soll ich davon sagen, daß, nachdem sonst mit einer gewissen Vorliebe immer die Gerichte gegen das Justizministerium ins Feld geführt werden, man in einer Weise von den Organen der Gerichte spricht, welche ich auf das entschiedenste zurückweisen muß? Wenn Herr von Carneri von Denunciantenthum unter den Gerichtspersonen der sprachlich gemischten Bezirke spricht, wo ein Colleague vor dem andern nicht sicher ist, so muß ich dies im Namen des Richterstandes auf das entschiedenste zurückweisen. Wenn er aber meint, daß Beschwerden, welche über incorrecte Vorgänge bei den Gerichten vorkommen und an mich gelangen, nicht untersucht werden sollen, dann, meine Herren, verkennt er die Pflicht, welche mir obliegt. Dessen kann er versichert sein, daß ich auf anonyme Zuschriften und Anzeigen, die nicht die öffentliche Aufmerksamkeit erregen, daß ich auf solche „Denunciations“, wie er sie nennt, allerdings nichts gebe. Ueberhaupt hat der Herr Abgeordnete sich einer Sprache bedient, welche — und ich hoffe dabei die Zustimmung des hohen Hauses zu finden — wohl sehr selten in diesen Räumen gehört werden soll. Die Art und Weise seiner Polemik, die Ausdrucksweise, die er gebraucht hat, kann unmöglich dem hohen Hause zusagen. Wenn in der Generaldebatte auch von der anderen (rechten) Seite des hohen Hauses bemerkt worden ist, daß wir noch weit entfernt davon sind, daß die Sprachgleichberechtigung durchgeführt sei, daß auch die Regierung in dieser Beziehung noch viel zu wenig gethan hat, dann, meine Herren, vergessen Sie nicht, daß eine langjährige Uebung und eingewurzelte Vorurtheile nicht so leicht beseitigt werden können. Vergessen Sie nicht, meine Herren, daß das Unterrichtswesen erst in der neueren Zeit so ausgebildet worden ist, daß Richter, welche vollständig in Wort und Schrift der nationalen Sprachen mächtig sind, seltener unter den älteren Mitgliedern des Richterstandes angetroffen werden.

Seien Sie, meine Herren, in dieser Richtung nachsichtig, und ebenso glaube ich, daß die verehrten Herren von der anderen (linken) Seite des hohen Hauses durch ungegründete Vorwürfe über das Zurückdrängen des Deutschthums nicht die Zwiethaltung und den nationalen Kampf nähren sollen.

Auch in Böhmen wird es anders werden. (Bewegung und Rufe links: Ja wohl!) Es ist ja begreiflich, daß, wenn die Minorität des Landes sich auf einmal in der Landesvertretung in der Minorität sieht, daß, wenn die Herren, welche durch lange Jahre hier die Majorität gebildet haben, sich plötzlich hier in der Minorität sehen, es immerhin sehr schwer ist, dies mit Gleichmuth zu tragen, und daß manchmal die aufwallende Leidenschaft so manches verbitternde Wort hervorbringt. Ich bin aber, verehrte Herren, vollkommen überzeugt, daß es auch in Böhmen besser werden wird. (Widerspruch links.) Ich kann wohl sagen, es sind Anzeichen vorhanden, daß auch aus der Mitte der deutschen Bevölkerung eine versöhnliche Stimmung sich geltend machen wird. (Bewegung links. Abg. Kindermann: „Wo denn?“) Ich bitte, derjenige Herr, der das „Wo denn?“ ausgesprochen hat, wird durch die Thatsachen eines Besseren belehrt werden. (Rufe links: Im Gegentheile!) Und wenn der sehr verehrte Herr Abg. Dr. Herbst am Schlusse seiner Rede sich an die deutschen Mitglieder des hohen Hauses gewendet hat, indem er die Hoffnung ausgesprochen hat, auch sie werden nicht immer Heeresfolge leisten den Czechen und anderen Slaven und Feudalen, sie werden sich verbinden mit ihren deutschen Brüdern, so ist ja, meine Herren, nichts wünschenswerter, als daß eine friedliche und versöhnliche Stimmung auf allen Seiten des hohen Hauses vorwalten möge. Ich glaube, Oesterreich und dieses Parlament kann stolz darauf sein, daß die Parteien sich nicht bloß nach nationalen Principien

gruppieren. Sollte es je dahin kommen, daß sich dieses Haus nur nach nationalen Parteien gruppiert (Rufe links: Dies ist ja schon der Fall), dann wäre eine große Gefahr für den Parlamentarismus in Oesterreich vorhanden. (Widerspruch links.) Meine Herren! Wir wissen es zu schätzen, daß es in den Alpenländern und überhaupt in allen Theilen des Reiches Deutsche gibt, welche die Ueberzeugung haben, daß nur auf diese Weise, nämlich durch die Verständigung, der nationale Frieden hergestellt werden kann, und wir sind ihnen dafür sehr dankbar. Ich glaube nicht, daß dieselben sich durch die Lockungen, wie sie hier vorgebracht worden sind, und durch die Appellation an nationale Leidenschaften bestimmen lassen werden, von jener Idee, welche sie beseelt, abzugehen, nämlich von der Idee: Gerechtigkeit und Wahrheit immer hochzuhalten. (Beifall und Rufe rechts: Niemals! Widerspruch links.)

Es erhält hierauf das Wort

Abg. Dr. von Plener. Er polemisiert gegen den Herrn Leiter des Justizministeriums und bemerkt, die Auslegung, welche derselbe seiner Aeußerung über „Staatsrecht“ soeben gegeben habe, stehe mit seiner parlamentarischen Vergangenheit und mit der Sprache der böhmischen Blätter, welche ihn als Wahrer des böhmischen Staatsrechtes gefeiert hätten, im Widerspruche. Der Minister habe nicht die Beantwortung der Interpellation, sondern seine eigenen Worte abgelehnt. Redner nimmt von der Erklärung des Herrn Ministers Act, glaubt, es werde in der Specialdebatte sich noch die Gelegenheit finden, darauf zurückzukommen, will aber heute besonders mit Rücksicht auf die kurze Spanne Zeit, welche die Majorität, wie es heiße, der Budgetberathung widmen will, nicht näher in die Angelegenheit eingehen und wendet sich sodann dem Staatsvoranschlage selbst zu. Der Bericht des General-Berichterstatters entrolle ein ziemlich deutliches Bild der Situation. Dem gegenwärtigen Regime sei es vorbehalten gewesen, bei den Brutto-Ausgaben die Ziffer einer halben Milliarde zu überschreiten, und diese Ziffern werden leider für einige Zeit nicht herabgehen. Das vorliegende Deficit sei am besten zu beurtheilen, wenn man behufs einer Vergleichung mit früheren Budgets das Jahr 1880 als Basis annehme. Damals habe das eigentliche Gebarungdeficit etwas über 8 Millionen betragen, das heutige belaufe sich nach der Rechnung des General-Berichterstatters auf 5,4 Millionen, sei also nach Rectificierung der Ziffern um 2,2 Millionen gesunken, während die Einnahmen um 25 Millionen jährlich gestiegen seien. Die Bevölkerung frage: Was ist mit dem Gelde geschehen? Die Antwort liege in der Thatsache, daß zugleich mit den Einnahmen auch die Ausgaben, und zwar um 22,8 Millionen gesteigert worden sind. Diese Steigerung betrage seit 1880 bei den gemeinsamen Ausgaben 8,3 Millionen, bei der Civilverwaltung 8 Millionen, und zwar unter einem Regime, welches die Decentralisation, die Entlastung des Staatsfiskus auf seine Fahne geschrieben habe. Unter diesem Regime sei die Staatsschuld um rund 185 Millionen vermehrt worden und die Zinsenlast um rund 10 Millionen gewachsen. Wie vereinige sich dieses Resultat mit den Verheißungen des Regierungsprogrammes, das in der Thronrede seinen Ausdruck gefunden habe. Zu dieser Vermehrung der Staatsschuld und der Zinsenlast treten aber noch die ziemlich bedeutenden Vermögensveränderungen und die Inanspruchnahme der Centralactiven. Mit Einrechnung dieser Beträge sei unter der Herrschaft des gegenwärtigen Systemes eine Verminderung des Staatsvermögens um rund 202 Millionen eingetreten. Das sei das Saldo der gegenwärtigen Finanzverwaltung.

Redner bepricht sodann die Verstaatlichungs-Action der Eisenbahnen und bemerkt, für Eisenbahnen seien seit 1880 über 114 Millionen und mit Hinzurechnung der Localbahnen über 117 Millionen ausgegeben worden. Der Staatsbahnenbetrieb schließe mit einem Deficite. Bei großen Auslagen für Eisenbahnen, namentlich wenn es sich um Galizien handle, werde mit offener Hand vorgegangen, handle es sich aber um geringe Anforderungen für eine Professur oder einen anderen wissenschaftlichen Zweck, dann heiße es gleich, es ist kein Geld da. Es wäre eine viel productivere Ausgabe gewesen, wenn man, statt die Verstaatlichung durchzuführen, die Staatsnoten metallisch fundiert hätte. Dies wäre die dringendste Pflicht der Finanzverwaltung und sollte gerade in einem Zeitpunkte, wo die Steuern gut eingehen und auch sonst die Verhältnisse günstig liegen, in Angriff genommen werden. Redner findet es auffallend, daß die Abschreibung der galizischen Grundentlastungsschuld an den Staat jetzt so ohne alle Noth auf die Tagesordnung kommen solle, und er ist begierig, zu erfahren, ob die clericalen Abgeordneten der deutschen Länder es über sich bringen werden, auch für diese Maßregel zu stimmen. Doch nicht nur den unberechtigtesten Ansprüchen der Nationalitäten sei nachgegeben, auch wichtige Freiheitsrechte seien dargegeben worden in dem von der Mehrheit des Hauses gebilligten Ausnahmezustande, welchen der Redner auch jetzt noch nicht für begründet finden kann. Es seien etliche Brandschriften verbreitet worden, und darob habe man gleich den Kopf verloren. Viel besser

und wirksamer als der Ausnahmestand wäre eine Verbesserung und Vermehrung der Polizei gewesen, überdies werde die anarchische Verschwörung, deren Vorhandensein der Redner nicht leugnet, durch die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes wie der Pressfreiheit nicht einmal getroffen, denn darauf sei sie eingerichtet; sie wirke im Geheimen; man solle sich aber auch von ihrer Verbreitung und Wirksamkeit keine übertriebene Vorstellung machen. Man habe indes mit den Ausnahmeverordnungen auch andere Zwecke erreichen wollen und habe sie erreicht, wie die gegenwärtige Lage der hiesigen Journale zeige, die sich vor die Gefahr der Einstellung gebracht sehen. Bei uns werde auf das Sinken des öffentlichen Geistes speculiert, auf das Hervortreten der reactionären Elemente; nur mit dem Sinken des öffentlichen Geistes sei auch eine reactionäre Regierung möglich. Also ein Deficit von 40 Millionen auf der einen Seite — so schließt der Redner — die Aufhebung freiheitlicher Rechte durch den Ausnahmestand auf der anderen Seite, das sei die Bilanz des gegenwärtigen Systems. (Bravo! links.)

Abg. Graf Dzieduszycki: Zum fünftenmale erlebten wir schon das Schauspiel, dass eine Partei, welche sich als die alleinige Staatspartei erklärt, in Konsequenz dieser Erklärung dazu schreitet, nicht etwa einzelne Punkte des Budgets zu bekämpfen, sondern gegen das Budget als solches und Ganzes auftritt und stimmt. Sie hat sich wohl selbst kein klares Bild davon entworfen, was es für Folgen haben würde, wenn ihr Botum durchdränge. Sie, die für sich beansprucht, dass sie vor allem den österreichischen Geist vertritt, würde es dazu bringen, dass wir kein Geld hätten, das Leben des Staates zu fristen, dass die Erhaltung des Heeres, der Marine, dass alles, was mit dem Leben des Staates verbunden ist, ins Stocken gerieth. Und früher haben die Herren immer dargelegt, dass eine Budgetverweigerung eine Waffe sei, die nicht im parlamentarischen Kampfe geschwungen werden sollte: ein Stocken, eine Unterbrechung des Lebens eines höheren Organismus wie der Staat ist sehr oft mit tödlichen Folgen verbunden. Dieser Kampf hat höchstens den Charakter einer aufgebrachten Leidenschaft, die vom Staate sagt: Aut sit, ut fuit, aut non sit. Und eine solche Partei behauptet, sie sei die einzige Trägerin des Fortschrittes. Eine unbegreifliche Inconsequenz ist es auch, wenn man das Budget als solches verweigert und gleichzeitig erklärt, man werde bei den einzelnen Posten auf die einzelnen Dinge zurückkommen.

Bei der Debatte werden die leidenschaftlichsten Vorwürfe geschleudert, die man bei ruhigem Blute nicht vertreten würde. In der Rede des Abg. Ritter von Carneri war es schwer, die philosophischen Gedanken zu entdecken, man konnte darin nur höchste Erregung und Leidenschaft erblicken. Es wurden die blutigsten Vorwürfe gegen ganze Parteien erhoben und von meinen engsten Gesinnungsgenossen gesagt, dass sie sich als eine Freibeuterschar auf Oesterreich niedergelassen haben, um es auszubeuten und dann zu verlassen. Dieser Vorwurf muss entschieden zurückgewiesen werden, und namentlich darf man uns, wenn wir auch mit Pietät das Andenken an die Vergangenheit bewahren und unseren nationalen Standpunkt festhalten, nicht politische Moyalität und Mangel an politischem Sinne vorwerfen. Wir wissen und anerkennen es, dass allein in Oesterreich unter der Regierung unseres jetzigen Monarchen unserem Volke die Ausübung seiner natürlichen Rechte angediehen ist, wir sind dafür dankbar, und wir halten es für unsere Pflicht, mit aller Thatkraft für die Macht, Größe, Dauer und Zukunft des österreichischen Staates zu wirken. (Bravo! rechts.)

Dem Vorwurfe gegenüber, dass die Polen das Bestreben der Linken wegen Herstellung der Ordnung im Staatshaushalte nicht gefördert, sondern für hohe Heeresausgaben gestimmt haben, betont Redner die Nothwendigkeit, dieses in dem von Waffen starrenden Europa nicht wehrlos zu machen. Er erinnert, dass der Hauptgrund des Unterganges Polens jene Popularitätshascherei war, die häufig dem Könige die Mittel zur Kriegsführung verweigerte. Ausgaben, die durch Rücksicht auf die Machtstellung geboten sind, sind einfach unabänderlich, und er müsse gegen die Herabsetzung der Heeresmacht protestieren. Auch Galizien bringe Opfer für das Reich, wie dies ja die Votierung der Grundsteuer beweise. Die Vorwürfe betreffs der Unproductivität der galizischen Bahnen seien unrichtig, weil dieselben für Galizien gewiss einen Aufschwung mit sich bringen werden, was doch unleugbar im Interesse des Staates liege.

Was aber die anderen Gebiete des Staatshaushaltes betrifft, so sei der Rahmen für die gesammte Finanzlage von der Linken selbst während ihrer langjährigen Herrschaft in einer Weise fixiert worden, die jetzt noch eingreifende Reformen nicht leicht möglich macht. Redner bespricht eingehend die Mängel der Zucker-, Verzehrungs- und Brantweinsteuer und sucht zu zeigen, welche Unterlassungssünden diesfalls von Seite der Linken begangen worden seien. Der Zustand dieser Gesetzgebung sei nun ein solcher, dass eine Reform derselben zu den schwierigsten legislatorischen Aufgaben gehöre.

An Schwierigkeit gleiche die Lösung dieser Frage nur der Lösung der socialen, und diesfalls müsse er gegen den Vorwurf sich verwahren, als ob die Rechte das Auftauchen der socialistischen Elemente begünstigt habe.

Er wendet sich sodann der nationalen Frage zu und bemerkt, es werde von Austro-Slavismus gesprochen. Er habe zwar von sonst noch niemand es gehört, dass Oesterreich ein slavisches Gepräge erhalten solle, es sei dies nur von der Linken der Majorität in liebenswürdiger Weise entgegengehalten worden. Die Majorität sagt aber: Oesterreich ist ein polyglotter Staat und seine Staatsform muss für alle seine Völker den Boden des gleichberechtigten Fortschrittes bilden, und die Majorität wird darauf bestehen, dass die nationale Freiheit aller österreichischen Völker gewahrt werde, und in diesem Bestreben werden nicht die Abgeordneten der Linken, sondern wir werden vom Volke und seinen Traditionen getragen werden. (Bravo rechts.) Durch dieses Festhalten an der Gleichberechtigung, durch die Schaffung der Möglichkeit einer freiheitlichen Bewegung aller Völker werden wir auf das Haupt Oesterreichs eine Ehrenkrone setzen und eine Frage zur Lösung bringen, die bisher unlöslich schien. Es wird dann jedem klar sein, und man wird sich darüber wundern, dass man in einem Staate sagen konnte, dass er deutsch, czechisch oder polnisch sein solle. Wir werden, sagt Redner, noch die Zeit erleben, wo die Herren von der Linken, die bisher durch ihre Haltung große und ausgezeichnete Talente dem Dienste des Staates entfremdet haben (Bravo! rechts), diese Meinung als eine obsoleete betrachten werden. Oesterreich ist schwerer zu regieren als ein anderes Reich; es lässt sich dies auch nicht nach der Schablone thun, und darin liegt das hohe Verdienst des Herrschers, der es begriffen hat, dass man in Oesterreich alles fest zusammenschmiedet, wenn man allen Völkern das gleiche nationale Recht gibt. Er hat damit der Welt das erhabene Beispiel gegeben, dass Völker von verschiedenster Culturstufe, von verschiedener Sprache und Rasse und verschiedenen socialen Einrichtungen brüderlich und friedlich neben einander demselben Zwecke dienen können. Ich bin überzeugt, dass der Herrscher, der die Gleichberechtigung aller Völker durchführt, viel mehr das Recht hat, den Namen eines zweiten Stiefers Oesterreichs zu tragen, als Kaiser Josef II. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Abg. Dr. Menger wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Grafen Dzieduszycki. Inbetreff der Verweigerung des Budgets verweist er auf die Uebung im englischen und ungarischen Parlamente, nach welcher die Opposition die Verweigerung als Zeichen des Widerspruchs mit den Principien, welche von der Regierungsbank aus vertreten werden, zur Geltung bringt. Diese Auffassung sei auch bei der Linken maßgebend, und der verehrte Vorredner werde trotz seiner gegentheiligen Anschauung der Opposition diese Uebung zugute halten müssen. Der Vorwurf, dass die Linke die Verzehrungs-, Brantwein- und Zuckersteuer in einem äußerst reformbedürftigen Zustande zurückgelassen, beruhe auf Unkenntnis der Verhältnisse; denn die Grundlage der Verzehrungssteuer, mit deren Verbesserung sich die Linke redlich abgemüht, rühre von dem Grafen Larisch her, welcher im Ministerium Belcredi das Finanzportefeuille inne hatte. (Sehr richtig! links.) Der geehrte Herr Vorredner habe aber nicht nur in der neuesten, sondern auch in der alten Geschichte eine auffallende Unkenntnis gezeigt. So habe er unter anderem gesagt, dass es auch im römischen Reiche in der letzten Zeit der Cäsaren große Städte und ein Proletariat gegeben, dieses sei aber religiös gesinnt und daher genügsam gewesen. Der geehrte Herr Vorredner könnte sich aus jedem Schulbuche der Geschichte eines Besseren belehren und erfahren, dass das Proletariat der römischen Kaiserzeit panem et circenses verlangte, und dass das Los vieler Millionen die schrecklichste Sklaverei war. Auch an Perikles und die Glanzzeit der alten Griechen, die keine Centralisation kannten noch suchten, habe der Vorredner erinnert. Allein Perikles, Miltiades, Themistokles u. s. w. seien eher Beispiele für die Linke; jene kämpften ruhmvoll gegen die Perser, diese kämpfte gegen die Herrschaft der Czechen und Polen über die Deutschen.

Graf Dzieduszycki habe sich als einen Vorkämpfer und Vertheidiger der Rechte aller Völker hingestellt. Ganz anders als hier habe er dagegen in dem galizischen Landtage gesprochen und gehandelt. Dort habe er das himmelschreiende Unrecht, das an den dritthalb Millionen Ruthenen Galiziens verübt wurde, mitverübt und vertreten. Im galizischen Landtage und beim galizischen Schulgesetze, als den Schulen mit deutscher Unterrichtssprache in Galizien jede Subvention aus Landesmitteln verweigert wurde, hätte der Vorredner Gelegenheit gehabt, seine Gerechtigkeitsliebe für alle Nationalitäten zu betheiligen. Freilich werde oft genug anders gesprochen als gehandelt und auch anders öffentlich gesprochen als im vertrauten Kreise. Ein diable boiteux, welcher nach dem bekannten Romane von Lesage in den letzten Tagen über die Clubocale der Majorität hinweggeföhren wäre und die Decken weggenommen hätte, würde gar sonderbare Vorgänge aufgedeckt haben.

Der Redner wendet sich sodann gegen das Verhalten der Jungczechen, welche sich immer so liberal geberden und nun in der Budgetdebatte die Politik der Regierung vertheidigen wollen, sodann gegen den Abg. Adámek, der vorgestern gesprochen. Wahrscheinlich, um wenigstens seinerseits zur Verminderung der Polizeikosten beizutragen, lasse dieser Abgeordnete es sich angelegen sein, das ganze Jahr über Notizen über das politische Treiben der Linken zu sammeln, um dann hier seine Angebereien vorzubringen.

Der Vicepräsident Graf Richard Clam-Martinik rügt den Ausdruck Angebereien als unparlamentarisch.

Um denselben zu rechtfertigen, verliest Abg. Dr. Menger aus dem Protokolle der letzten Sitzung die vom Abg. Adámek vorgebrachten Citate und die denselben gegebene Auslegung, gegen die er sich verwahrt, wogegen er für die Berechtigung der citirten Aeußerungen von Dr. Sturm u. einsteht. Redner wendet sich ferner gegen die Behauptung des Abg. Adámek, dass die Slaven in Schlessien bedrückt würden. Im Teschener Gerichtsprengel stehe das Verhältnis der czechischen, polnischen und deutschen Bevölkerung wie 2:3:5. Nach den statistischen Ausweisen über die Nationalität der dafelbst angestellten Beamten resultiere eine überwiegend große Zahl von Czechen, so dass nicht diese, sondern die Deutschen und Polen ein Recht hätten, sich zu beklagen. Gerabezu unrichtig sei die Behauptung, dass in slavischen Orten nur deutsche Geistliche aus Preussisch-Schlessien angestellt würden. Was aber die Volksschule betreffe, so liege eben der Ausweis des schlesischen Landesschulrathes vor, aus welchem hervorgehe, dass die Zahl der czechischen Schulen weit das Verhältnis der Bevölkerung übersteige. Redner sucht ferner zu zeigen, dass die Verbesserungssära an Stelle der früher unzufriedenen Czechen, Polen und Slowenen nunmehr unzufriedene Deutsche, Italiener und Ruthenen setze. Diese innere Politik stehe im Widerspruche mit einer Allianz zwischen Oesterreich, Deutschland, Italien und Russland, ein Widerspruch, der auf die Dauer unhaltbar sei. (Lebhafter Beifall links.)

Auf Antrag des Abg. Dr. Sturm wird hierauf die Debatte abgebrochen.

Se. Excellenz der Herr Finanzminister Dr. Ritter von Dunajewski überreicht eine Regierungsvorlage, betreffend den Abschluss eines Uebereinkommens mit der Landesvertretung von Steiermark bezüglich der Invasions-Forderungen aus dem Jahre 1809, zur verfassungsmäßigen Verhandlung.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung für morgen 11 Uhr vormittags an mit folgender Tagesordnung:

- 1.) Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Erbtheilungsvorschrift für landwirtschaftliche Güter mittlerer Größe.
 - 2.) Fortsetzung der Budgetdebatte.
- Schluss der Sitzung 3 Uhr 10 Min.

Parlamentarisches.

Der in der samstägigen Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Herrn Finanzminister vorgelegte Entwurf des Artikels VIII des Finanzgesetzes für das Jahr 1884 hat folgenden Wortlaut:

Werden den Gesamtausgaben per 515 319 373 fl. die Gesamteinnahmen per . . . 474 555 699 „ entgegengesetzt, so ergibt sich ein

Abgang von . . . 40 763 674 fl.

Mein Finanzminister wird ermächtigt, zur theilweisen Bedeckung dieses Abganges einen Betrag von dreißig Millionen Gulden österr. Währ. durch Begebung von Obligationen der auf Grund des Gesetzes vom 11. April 1881, R. G. Bl. Nr. 33, geschaffenen, mit fünf von Hundert in österreichischer Währung verzinslichen, nicht rückzahlbaren steuerfreien Schuld zu beschaffen, eventuell, so lange diese Begebung nicht stattgefunden hat, die nöthigen Beträge im Wege einer im Jahre 1884 rückzahlenden schwebenden Schuld aufzubringen.

Mein Finanzminister wird ferner ermächtigt, die im Besitze der Staatscentralcasse stehenden 17 225 Stück Actien der k. k. privilegierten Kaiser-Franz-Josef-Bahn im Nominalbetrage von 3 445 000 fl. zu veräußern und den Erlös dieser Actien sowie die im Laufe des Jahres 1884 zur Einzahlung gelangenden, aus der Gebarung der bestandenen Staatsvorschußcassen herrührenden Activforderungen des Staates, welche Eingänge voraussichtlich den Betrag von 36 000 fl. erreichen werden, zur Bedeckung des Abganges zu verwenden; der hienach noch erübrigende Theilbetrag des Abganges ist den vorhandenen baren Cassebeständen zu entnehmen.

Tagesneuigkeiten.

— (Schmerling = Jubiläum.) Am 10. d. M. feierte der Präsident des Wiener medicinischen Doctoren-Collegiums, Hofrath Dr. Ritter v. Schmerling, sein fünfzigjähriges Doctorjubiläum. Aus diesem Anlasse war der Jubilar Gegenstand der herzlichsten Ovationen. Als

erster der Gratulanten erschien Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Albrecht, um seinen langjährigen Leibarzt zu dessen Ehrentage zu beglückwünschen, bald darauf Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Wilhelm mit mehreren Herren seines Hofstaates. Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Rainer ließ seine Glückwünsche durch den Grafen Messy, Se. königliche Hoheit Herzog von Würtemberg durch den Baron Montenay überbringen. Einen besonderen Ausdruck ihres Wohlwollens gab Ihre königliche Hoheit die Herzogin von Modena dem Jubilar durch Uebersendung einer prächtigen chinesischen Vase mit Bouquet. Um 12 Uhr mittags fand im großen Saale der Akademie der Wissenschaften die Festfeier statt, zu der sich ein überaus zahlreiches Publicum eingefunden hatte. Die Festrede hielt Oberkanzler Dr. Schneller.

(Jung-Amerika.) In eine Sparbank zu Manchester im Staate New-Hampshire trat ein etwa siebenjähriges Mädchen und sprach den Wunsch aus, das Institut zu inspiciere. Da dem Schatzmeister der Bank die resolute Kleine gefiel, machte er sich das Vergnügen, ihr alles zu zeigen: Bankbücher, Hauptbücher, Zahlbücher und den diebesficheren Geldschrank, ja sogar das höchst complicirte Schloß des letzteren. Sie erklärte sich völlig zufriedengestellt und sagte, ihr Vater habe fünf Dollars für sie deponiert, und sie wollte sich nur mit eigenen Augen davon überzeugen, daß das Geld auch sicher sei.

Vocales.

Fürstin Johanna Auersperg f.

Aus Wien wird unterm 10. d. M. berichtet: Heute vormittags wurde die Aufbahrung der Leiche der gestern morgens verstorbenen Fürstin Johanna Auersperg vorgenommen. Im Laufe des heutigen Tages sendete Ihre Majestät die Kaiserin in einen prachtvollen Kranz aus weißen Camellien mit weißen Seidenschleifen; ferner kamen Kranzspenden von Ihren k. und k. Hoheiten der durchlauchtigsten Kronprinzessin Stefanie, der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Marie Valerie und zahlreichen Mitgliedern der Aristokratie.

Ihre k. und k. Hoheiten der durchlauchtigste Kronprinz Erzherzog Rudolf und die durchlauchtigste Kronprinzessin Erzherzogin Stefanie haben heute nachmittags der Fürstin Ernestine Auersperg, Schwester der verstorbenen Fürstin Johanna Auersperg, eine Condolenzvisite abgestattet.

Gestern nachmittags fand das Leichenbegängnis statt. Die „Wiener Abendpost“ schreibt: Heute nachmittags um 2 Uhr hat die feierliche Einsegnung der Leiche Ihrer Durchlaucht der Frau Fürstin Johanna Auersperg, Herzogin zu Gottschee, im Trauerhause Bräunerstraße Nr. 7 stattgefunden. Zu derselben waren Ihre k. und k. Hoheiten die durchlauchtigsten Herren Erzherzoge Karl Salvator und Rainer, die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Marie, Se. Hoheit der Herzog von Sachsen-Weimar, Ihre Excellenzen die Herren Minister Graf Bylandt-Rheidt, von Kállay, Freiherr von Conrad-Eybesfeld und Baron Drczy, die Obersthofmeisterin Ihrer Majestät Gräfin Goss, die Obersthofmeister und Obersthofmeisterinnen der hier weilenden durchlauchtigsten Erzherzoge und Erzherzoginnen, Oberstkämmerer Graf Rinsky, Oberstjägermeister Graf Abensberg-Traun, Generalintendant Freiherr von Hofmann, zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Corps und der hohen Aristokratie, hervorragende Vertreter des Militärs und sonstige Persönlichkeiten von Distinction erschienen. Das Trauergemach, in welchem der hochw. Burgparrer Dr. Mayer die Einsegnung der Leiche unter großer geistlicher Assistentz vornahm, war mit 230 Kränzen geschmückt. Nach der Einsegnung wurde die Leiche auf einem sechsspännigen Wagen zur Franz-Josef-Bahn geführt. Die Beisetzung derselben erfolgt Donnerstag um 11 Uhr vormittags im eigenen Grabe zu Blaschowitz in Böhmen.

(Militärisches.) Se. k. und k. Apostolische Majestät geruhten allergnädigst dem Gutsbesitzer Zdenko Grafen Michelburg die früher im k. k. Heere bekleidete Charge eines Hauptmanns zweiter Classe, und zwar im Verhältnisse „außer Dienst“, aus Allerhöchster Gnade wieder zu verleihen.

(Krainische Escompte-Gesellschaft.) Wir werden ersucht, mitzutheilen, daß die diesjährige Generalversammlung der obgenannten Gesellschaft heute Nachmittag 4 Uhr im Bureau der Anstalt stattfindet.

(Landschaftliches Theater.) Der gestrige erste Gastspielabend, an welchem der Dialekt- und Charakterkomiker Herr Clemens Grün vom Stadttheater in Frankfurt a. M. wieder vor dem hiesigen Publicum erschien, fiel gleich brillant aus. Das Haus war nahezu ausverkauft und das besonders gewählte Publicum empfing den geschätzten Gast mit stürmischem Beifall. Als erste Pöde des Abends wurde uns der köstliche Schwank: „Gefährliche Leute“ von Emil Peschtau vorgeführt, in welchem Herr Grün „Luigi Banelli“ mit dem vollen Temperamente des Italieners und mit der ganzen Bun- genfertigkeit, mit dem lebhaften Mienen- und Gebarden-

spiel eines solchen spielte und auch in der Maske unübertrefflich charakteristisch war. Reichlicher Applaus begleitete diese Leistung „auf Schritt und Sprung.“ Wader standen Herrn Grün in diesem Einacter die Herren Pauly (Professor) und Albin (Redacteur) zur Seite; reizend sah Frä. Stengel als Italienerin aus. — Als zweite Pöde folgte der bekannte Schwank: „Taub muß er sein“, der Herrn Grün (Damoiseau) namentlich Gelegenheit bot, seine vollendete Mimik zu zeigen, in der er — so nahe die Versuchung in dieser Rolle hiezu auch liegen mag — sich von jeder Outrage völlig ferne hielt. Er erntete für seine ebenso fein durchdachte als meisterhaft durchgeführte Darstellung lebhaften Beifall. Superb war Herr Ander als Bonifaz, gleichwie Herr Albin den Gefälligkeits-Tauben mit viel Humor zur Geltung brachte. Frä. v. Bed gab ihre diesmal nur kleine Rolle mit viel Geschick.

In die heiterste Laune wurde das Publicum durch den dritten Einacter, Nestroy's unvergängliche Pöde: „Frühere Verhältnisse“, versetzt. Grün's „Muffl“ zählt entschieden zu den hervorragendsten Leistungen, die heute auf der deutschen Bühne in diesem Genre noch geboten werden, insbesondere erinnert sein Vortrag von der Pompadour an der kleinen Bühne an den „classischen“ Schöpfer und Darsteller, an Nestroy selbst. Das Haus kam aus den Lachsalven gar nicht heraus. Frä. Herrmann (Pepi Amfel) rechtfertigt immer mehr unsere bereits wiederholt ausgesprochene Ueberzeugung von der schönen, vielleicht sogar glänzenden Zukunft, der dieselbe als Soubrette entgegengeht, und auch das parodistische Talent entwickelt sich bei ihr immer mehr und mehr.

Den Schluss des gestrigen, so vielseitiges Interesse und so vielfaches Amusement bietenden Abendes bildete der von Herrn Grün verfasste und vorgelegene Solofcherz mit Gesang: „Ein verkanntes Genie“, in welchem unser lieber Gast seine ganze eminente Kunsttechnik als Mimiker und Dialektkomiker walten ließ, sowohl in der Variation der Schauspielsächer-Charakteristik beim Vortrag des Sages „Die Pferde sind gefattelt“, wie nicht minder in den Dialektverschiedenheiten einzelner Nationen bei der Declamation einer Strophe aus Schiller's Glocke, was außerordentliche Heiterkeit hervorrief. —cs.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung“ Wien, 11. März. (Abgeordnetenhaus.) In der fortgesetzten Budgetdebatte antwortete der Finanzminister in zweistündiger Rede auf die Einwendungen der oppositionellen Redner, insbesondere Plener's. Der Minister erklärte, er könne nach dem Ergebnisse der Debatte in 1883 bestimmt sagen, daß beiläufig 7²/₁₀ Millionen zur Deficitbedeckung zur Verfügung stehen, ohne die Cassenreste unter den Normalstand herabzubringen, und daß das Gebarungdeficit von 1883 sonach höchstens 3²/₁₀ Millionen beträgt, möglicher Weise sogar noch geringer ist.

Der Minister dementierte entschieden, daß er bei Eintreibung der directen Steuern einen strengen Borgang angeordnet habe, im Gegentheile seien gewisse Finanzdirectionen seit mehreren Jahren angewiesen worden, die Executionsvorgänge für jene Steuerträger zu mildern, deren ökonomische Lage es verlangt, welche zehn oder fünf Gulden Grundsteuer sammt Haussteuer zahlen. In Kärnten und Steiermark bewährte sich das Zuwarten vollständig, die Rückstände werden geringer.

Der Minister sagte ferner, bei näherer Untersuchung des präliminirten Deficits für 1884 und bei möglichst beschleunigter Annahme der Regierungsvorlage werde — von unberechenbaren Unglücksfällen abgesehen — im Jahre 1885 kein Gebarungdeficit sein und 1886 keine Staatsanleihe zur Deckung der Gebarung nothwendig werden.

Der Minister pflichtet vollkommen der Ansicht Clam-Martinič' und Plener's bei, daß man nicht alljährlich bedeutende Investitionen machen kann, wenn nicht die Herstellung des Gleichgewichtes in unabsehbarer Ferne gerückt werden soll. Wenn nun die Regierung von beiden Seiten des Hauses zum Sparen aufgefordert wird, müsse er bitten, ihr bei den einzelnen Theilvoranschlägen nicht vorzuwerfen, daß noch dieses oder jenes noch fehle, daß sie für irgend ein Land kein Herz habe, das sei nicht der richtige Weg. Verlangt man höhere Auslagen, so müssen auch die Mittel geboten werden, und sie werden sich mit Geduld und Arbeit finden. Keine österreichische Regierung, welcher Partei immer, werde die nothwendigen Investitionen in allen Provinzen gleichzeitig durchzuführen vermögen. Den Vorwurf der Begünstigung Galiziens bei den Investitionen weist der Minister zurück.

Der Finanzminister bemerkte im weiteren Verlaufe seiner Rede, Plener habe durch den Hinweis auf die Gebürennovelle in die Majorität einen Keil zu treiben und die den westlichen Provinzen angehörigen Mitglieder der Mehrheit gegen jene der östlichen Provinzen auszuspielen versucht. Der Minister aber könne bei seinen Finanzentwürfen nicht nach Provinzen vorgehen, er müsse die Steuerträger als solche ins Auge fassen. Den Entwurf der Rentensteuer anlangend, sei die ganze

Steuerausgleichung schon erfolgt, nur nicht zu Gunsten des Staates, sondern der Rentenbesitzer. Die frühere Verathung der Steuervorlagen wäre aus finanziellen und politischen Gründen wünschenswert gewesen.

Der Minister fährt weiter aus, daß ein österreichisches Vollparlament nie eine zahlreiche Majorität aufweisen werde; man müsse im Staatsleben mit den gegebenen Factoren rechnen.

Bezüglich des Hinweises der Opposition auf Italien constatirt der Minister, Eisleitaniien könne sich schon bezüglich seiner ökonomischen Lage mit Italien vergleichen, und wenn das Haus und die Bevölkerung ihm auf die italischerseits eingeschlagene Bahn folgen wollten, so wäre in anderthalb Jahren die Valuta geregelt und das Deficit beseitigt; den Weg eines verstorbenen Finanzministers der Linken: Erhöhung der Steuerzuschläge, Verkauf von Staatsgut, Erhöhung des Rentencoupon-Abzuges — wolle er nicht gehen. Er bittet, mindestens das Brantweinsteuergesetz und die Gebürennovelle anzunehmen.

Die Klage über die Unterdrückung des Deutschthums sei vollständig unberechtigt, wie schon die Sprache gewisser Blätter und Corporationen zeige. Wenn aber jemals eine Regierung Oesterreichs pflichtvergessen auf die Unterdrückung des deutschen Volksstammes ausgehe, würde sich ein anderer Wille dem gegenüber stellen, auf den sie mit vollkommenem Vertrauen setzen können.

Carneri gegenüber bemerkte der Minister, die Armee-Organisation nach dem Territorial-System sei von dem ansgezeichneten Leiter der Militärverwaltung an kompetenter Stelle beleuchtet. Den Vorwurf besprechend, die Majorität wolle gewisse Ungleichheiten schnell erledigen, bevor gewisse auswärtige Gruppierungen die Sachlage ändern, sagt der Minister, Oesterreich sei gottlob stark und selbständig genug, um Herr im eigenen Hause zu sein und seine inneren Verhältnisse so zu ordnen, wie es demjenigen zweckmäßig erscheint, der in erster Linie berufen ist, für Einheit, Macht und Wohl des Staates zu sorgen.

Die Regierung sucht nicht und wünscht nicht, was man parlamentarischen Kampf nennt, wenn aber trotz unbestrittener wirtschaftlicher und finanzieller Erfolge uns der Fehdehandschul hingeworfen wird, wird die Regierung, falls dies namens der Gesamtopposition geschieht, den Kampf nicht scheuen, ihn als ein unverschuldetes Uebel betrachten und auf ihrem Wege ausharren.

Der unbedingte parlamentarische Kampf muß mit der definitiven Niederlage jener Richtung enden, welche irgend ein Parteiinteresse mit dem Staatsinteresse identificirt, welche in die neutralsten Gebiete die Leidenschaft und politische Gegnerschaft hineinträgt. Für den Staat wäre es besser, je kürzere Zeit solcher Kampf dauert. Die Regierung ist der Ansicht, daß in einem so durch und durch monarchischen Staate, den eine Dynastie stiftete, ja gewissermaßen aus dem Boden stampfte, die Zukunft allen gehört, die an diesen Grundprincipien festhalten. Die Zukunft gehört nicht einer Partei, einem Volksstamme, sie gehört allen.

Namens dieser Interessen bittet der Minister, das Budget als eine allen gemeinsame nicht politische Angelegenheit anzunehmen. (Lebhafter Beifall rechts. Der Minister wird vielseitig beglückwünscht.)

Nachdem Donner und Ruf gesprochen, wird die Debatte auf morgen vertagt. — Die Regierung brachte eine Vorlage über die Regulierung des Glanflusses ein.

Wien, 11. März. Hofschauspieler Barocke ist nachmittags 4 Uhr gestorben.

London, 11. März. Das Unterhaus verwarf den Antrag auf Herabminderung des ägyptischen Nachtragscredits mit 178 gegen 13 Stimmen. Hartington erklärte, die Häfen des Rothen Meeres müßten durch eine civilisierte Macht geschützt werden; der Stand der Armee sei gegen das Vorjahr um 3000 Mann erhöht. — Gladstone ist bettlägerig.

Theater.

Heute (ungerader Tag) Gastspiel des Dialekt- und Charakterkomikers Herrn Clemens Grün vom Stadttheater in Frankfurt am Main zum zwanzigstenmale: Der Bettelstudent.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0°C. reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Zustand des Himmels, Niederschlag in Millimetern. Data for 11. 7 u. N., 9 u. N., 2 u. N.

Morgens ziemlich heiter, tagsüber einzelne Sonnenblide, bewölkt. Das Tagesmittel der Wärme + 6,4°, um 3,6° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: P. v. Radics.

Eingefendet.

Rein seidene Stoffe 75 kr. per Meter sowie à fl. 1,05 und fl. 1,30 bis 5,90 (farbig, gestreifte und carrierte Dessins) verwendet in einzelnen Roben und ganzen Stücken zollfrei ins Haus das Seiden-Fabrik-Depot von G. Hertzberg (königl. Hoflieferant) in Zürich. Muster umgehend. Briefe nach der Schweiz kosten 10 kr. (47) 9-3

Course an der Wiener Börse vom 11. März 1884. (Nach dem officiellen Coursblatte.)

Table of stock and bond prices. Columns include 'Selb', 'Ware', and various categories like 'Staats-Anleihen', 'Andere öffentl. Anleihen', 'Pfandbriefe', 'Prioritäts-Obligationen', 'Bank-Actien', 'Actien von Transport-Unternehmungen', and 'Industrie-Actien'.

Amtsblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 60.

Mittwoch, den 12. März 1884.

(1086-1) Kundmachung. Nr. 2472. Für das Jahr 1884 sind sieben Friedrich Sigmund Freiherr von Schwiben'sche Stiftungspräbenden, jede mit Einhundert zwanzig-jährig (126) Gulden, für arme, nothleidende, besonders franke, in Laibach wohnhafte Witwen und Waisen aus dem krainischen Herrenstande zu bezeugen.

(915 3) Licitations-Ankündigung. Nr. 1947. Am 15. April 1884 um 3 Uhr nachmittags wird bei dem k. k. See-Arsenals-Commando in Pola eine Versteigerung gegen Vorlage von schriftlichen Offerten abgehalten, um die im Jahre 1884 im k. k. See-Arsenale zu Pola sich ansammelnden Material-Abfälle an den Bestbieter käuflich zu überlassen.

(1043-2) Kundmachung. Nr. 2065. Vom gefertigten k. k. Bezirksgerichte wird eröffnet, daß die zur Anlegung eines neuen Grundbuches für die Catastralgemeinde Sleindorf verfaßten Besitzbogen nebst den berechtigten Verzeichnissen der Liegenschaften, der Mappencopie und den Erhebungsprotokollen hiergerichts zur Einsicht auflegen und daß für den Fall der Erhebung von Einwendungen gegen die Richtigkeit der Besitzbogen die weiteren Erhebungen am 17. März 1884, vormittags 8 Uhr, in der Gerichtskanzlei eingeleitet werden.

fassung der betreffenden Grundbucheinlage um die Nichtübertragung ansucht. R. k. Bezirksgericht Wölling, am 1. März 1884. (1050-2) Kundmachung. Nr. 960. Von dem k. k. Bezirksgerichte Radmannsdorf wird bekannt gemacht, daß die Localerhebung zum Zwecke der Anlegung eines neuen Grundbuches für die Catastralgemeinde Woscheiner Bellach auf den 17. März 1884, früh 8 Uhr und die folgenden Tage, in der Gerichtskanzlei angeordnet werden, wozu alle jene Personen, welche an der Ermittlung der Besitzverhältnisse ein rechtliches Interesse haben, zu erscheinen und alles zur Aufklärung sowie zur Wahrung ihrer Rechte Geeignete vorbringen können. R. k. Bezirksgericht Radmannsdorf, am 7. März 1884.

(1083-1) Kundmachung. Nr. 3650. Vom k. k. Oberlandesgerichte für Steiermark, Kärnten und Krain in Graz werden über erfolgten Ablauf der Edictalfrist zur Anmeldung der Belastungsrechte auf die in dem neuen Grundbuche für die nachbezeichneten Catastralgemeinden enthaltenen Liegenschaften alle diejenigen, welche sich durch den Bestand oder die bürgerliche Rangordnung einer Eintragung in ihren Rechten verletzt erachten, aufgefordert, ihren Widerspruch längstens bis Ende September 1884 bei dem betreffenden k. k. Gerichte, wo auch das neue Grundbuch eingesehen werden kann, zu erheben, widrigenfalls die Eintragungen die Wirkung grundbüchlicher Eintragungen erlangen.

(1082-1) Kundmachung. Nr. 3649. Vom k. k. steierm.-kärnt.-krain. Oberlandesgerichte in Graz wird bekannt gemacht, daß die Arbeiten zur Neuankündigung der Grundbücher in den unten verzeichneten Catastralgemeinden des Herzogthums Krain beendet und die Entwürfe der bezüglichen Grundbucheinlagen angefertigt sind. Infolge dessen wird in Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Juli 1871, Nr. 96, der 1. April 1884 als der Tag der Eröffnung der neuen Grundbücher der bezeichneten Catastralgemeinden mit der allgemeinen Kundmachung festgesetzt, daß von diesem Tage an neue Eigenthums-, Pfand- und andere bürgerliche Rechte auf die in den Grundbüchern eingetragenen Liegenschaften nur durch Eintragung in das bezügliche neue Grundbuch erworben, beschränkt, auf andere übertragen oder aufgehoben werden können.

Eine Wiedereinsetzung gegen das Verfümen der Edictalfrist findet nicht statt; auch ist eine Verlängerung der letzteren für einzelne Parteien unzulässig.

Zugleich wird zur Richtigstellung dieser neuen Grundbücher, welche bei den unten bezeichneten Gerichten eingesehen werden können, das in dem oben bezogenen Gesetze vorgeschriebene Verfahren eingeleitet, und werden demnach alle Personen: a) welche auf Grund eines vor dem Tage der Eröffnung des neuen Grundbuches erworbenen Rechtes eine Veränderung der in demselben enthaltenen, die Eigenthums- oder Besitzverhältnisse betreffenden Eintragungen in Anspruch nehmen, gleichviel, ob die Veränderung durch Ab-, Zu- oder Umschreibung, durch Berichtigung der Bezeichnung von Liegenschaften oder der Zusammenstellung von Grundbuchstörnern oder in anderer Weise erfolgen soll; b) welche schon vor dem Tage der Eröffnung des neuen Grundbuches auf die in demselben eingetragenen Liegenschaften oder auf Theile derselben Pfand-, Dienstbarkeits- oder andere zur bürgerlichen Eintragung geeignete Rechte erworben haben, soferne diese Rechte als zum alten Lastenstande gehörig eingetragen werden sollen und nicht schon bei der Anlegung des neuen Grundbuches in dasselbe eingetragen wurden, — aufgefordert, ihre diesfälligen Anmeldungen, und zwar jene, welche sich auf die Belastungsrechte unter b beziehen, in der im § 12 obigen Gesetzes bezeichneten Weise längstens bis zum letzten März 1885 bei den betreffenden unten bezeichneten Gerichten einzubringen, widrigenfalls das Recht auf Geltendmachung der anzumeldenden Ansprüche denjenigen dritten Personen gegenüber verwirkt wäre, welche bürgerliche Rechte auf Grundlage der in dem neuen Grundbuche enthaltenen und nicht bestrittenen Eintragungen in gutem Glauben erwerben.

Table with 4 columns: Katastralgemeinde, Bezirksgericht, Rathschluß vom, and a list of 21 municipalities including Ponique, Dolanberb, Altlad, Stermec, Sinadole, Billachgraz, Ableside, Ledince, Podborst, Buchberg, Ragenborf, Swur, Kreuz, Gorice, St. Martin, Mojsche, Haselbach, Poverzje, Krüger, Metnaj, and Sotederstiz.

An der Verpflichtung zur Anmeldung wird dadurch nichts geändert, daß das anzumeldende Recht aus einem außer Gebrauch tretenden öffentlichen Buche oder aus einer gerichtlichen Erledigung ersichtlich, oder daß ein auf dieses Recht sich beziehendes Einschreiten der Parteien bei Gericht anhängig ist. Eine Wiedereinsetzung gegen das Verfümen der Edictalfrist findet nicht statt; auch ist eine Verlängerung der letzteren für einzelne Parteien unzulässig.

Table with 4 columns: Katastralgemeinde, Bezirksgericht, Rathschluß vom, and a list of 10 municipalities including Bellach, Malsgarn, Stefansdorf, Klanc, Verb, Majerle, Podmelnit, Kerstetten, Urtog, and Loze.

Graz am 5. März 1884.

Graz am 5. März 1884.